Saarlouis, Dienstag, 2. September 1919. Nr. 202. — 48. Jahrgang.

Saar-Zeitung

[illegible]

... Telegramm-Adresse: Saarzeitung. Fernsprecher Nr. 2. Postfach 59.

Administration Supérieure de la Sarre
État-Major
Section Économique den 23. August 1919.

Ausfuhr

von Farbstoffen, Zwischenprodukten, Chemisch-pharmazeutischen Produkten aus den besetzten Gebieten.

1. Ausfuhr von Farbstoffen.

Jedes Gesuch um Ausfuhrgenehmigung von Farbwaren muß enthalten:

1. die genaue spezifizierte Angabe der auszuführenden Erzeugnisse,
2. die Angabe der monatlichen Produktion in diesen Erzeugnissen,
3. die Angabe über die Bestände an diesen Erzeugnissen, vom 15. Januar,
4. die Angabe über die Restbestände an diesen Erzeugnissen nach der Ausfuhr.

2. Zwischenprodukte.

Jedes Gesuch muß enthalten:

1. Namen und genaue Adresse des Empfängers; Zahlangabe der expedierten Mengen und genaue Angabe der Warenart,
2. Benennung und Mengenangabe der mit den, im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Zwischenprodukten hergestellten, verfertigten pharmazeutischen oder photographischen Artikel,
3. müssen die Fabrikanten Garantie dafür leisten, daß innerhalb dreier Monate diese verfertigten pharmazeutischen oder photographischen Artikel nach ihren Fabriken, in den besetzten Gebieten und zurück befördert werden.

3. Chemisch-pharmazeutische Produkte.

Die Fabriken und Geschäfte haben der Wirtschaftsleitung (Section Economique) in Saarbrücken ihre Hauptproduktion in den Erzeugnissen anzugeben, für welche sie die besondere Ausfuhrgenehmigung beantragen, wie auch ihre Bestände vom 15. Januar und die Restbestände nach erfolgter Ausfuhr.

Gleicherweise haben sie der Wirtschaftsabteilung am Ende eines jeden Monats einen Bericht einzusenden, mit der genauen Angabe der Benennung und der während des vergangenen Monats ausgeführten Mengen ihrer Erzeugnisse, wie auch die Namen der Empfänger.

Selbstverständlich sind die Fabriken verantwortlich für den ungeschmälerten Umfang ihrer Bestände vom 15. Januar.

Alle diese Angaben betr. die chemisch-pharmazeutischen Produkte sind in zwei Ausfertigungen einzusenden.

Kommandant de Job,
Militärverwalter des Kreises Saarlouis.

Zentrums-Reichsparteitag.

Von Dr. Hugo Bördes(?), Berlin.

Die Freude, die in der Partei über die Ankündigung des Reichsparteitages durch das Generalsekretariat herrschte, war leider nur von kurzer Dauer. Die CPK. teilt jetzt parteiamtlich mit, daß noch gar kein Beschluß darüber gefaßt worden sei, wo und wann der Zentrumsparteitag stattfinden soll, es stehe zunächst noch nicht einmal fest, wer zu diesem Parteitag einzuladen sei. Die letzte Frage ist leicht zu beantworten für den, der auf dem Standpunkte steht, daß schon der erste Reichsparteitag des Zentrums auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut sein soll. Wie schon in Nr. 182 der Trierischen Landeszeitung betont wurde, soll der Parteitag kein Ausschuß werden, dessen Mitglieder von den Spitzen der Partei ernannt sind; die Zentrumswählerschaft selbst soll bestimmen, wen sie zum Parteitag delegieren will und wen nicht, denn nur dann wird der Parteitag ein getreues Spiegelbild der Strömungen und Stimmungen innerhalb der Partei widerspiegeln, nur dann überhaupt seinen eigentlichen Zweck erfüllen können: bei Wählern und parlamentarischen Vertretern klärend und anregend zu wirken, Mißverständnisse klären und Unebenheiten(?) zu beseitigen, Vertrauen zu festigen und — was besonders wichtig erscheint — auch wieder herzustellen. Die „maßgebenden Instanzen", von denen in der parteiamtlichen Verlautbarung die Rede ist, mögen also die Auswahl der Delegierten getrost den Wahlkreisausschüssen überlassen, die sich ja im letzten Wahlkampfe so glänzend bewährt haben und gewiß auch die rechten Männer zu dem wichtigen ersten Reichsparteitage des Zentrums entsenden werden.

Wird auf je 20.000 bei den Wahlen zur Nationalversammlung abgegebenen Stimmen ein Delegierter entsandt — der Generalsekretär Dr. Pfeiffer hat sich auf der Delegiertentagung der Westfälischen Zentrumspartei mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt —, dann werden auf dem Reichsparteitage vertreten sein:

Wahlkreis 1 (Provinz Ostpreußen) 5 Delegierte,
Wahlkreis 2 (Provinz Westpreußen) 4 Delegierte,
Wahlkreis 3 (Stadt Berlin) 3 Delegierte,
Wahlkreis 4 (Potsdam 1—9) 1 Delegierter,
Wahlkreis 5 (Potsdam 10) 2 Delegierte,
Wahlkreis 6 (Frankfurt a. O.) 1 Delegierter,
Wahlkreis 9 (Reg.-Bez. Breslau) 9 Delegierte,
Wahlkreis 10 (Reg.-Bez. Oppeln) 16 Delegierte,
Wahlkreis 11 (Reg.-Bez. Liegnitz) 3 Delegierte,
Wahlkreis 12 (Magdeburg und Anhalt) 1 Delegierter,
Wahlkreis 15 (Aurich, Osnabrück und Oldenburg) 1 Delegierter,
Wahlkreis 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim und Lüneburg, sowie Braunschweig) 11 Delegierte,
Wahlkreis 17 (Reg.-Bez. Münster und Minden, Kreis Schaumburg (Hess.-Nassau), sowie die beiden Lippe) 21 Delegierte,
Wahlkreis 18 (Reg.-Bez. Arnsberg) 16 Delegierte,
Wahlkreis 19 (Provinz Hessen-Nassau, Kreis Wetzlar und Waldeck) 9 Delegierte,
Wahlkreis 20 (Reg.-Bez. Köln und Aachen) 29 Delegierte,
Wahlkreis 21 (Reg.-Bez. Koblenz und Trier; Birkenfeld) 24 Delegierte,
Wahlkreis 22 (Düsseldorf 1—5) 13 Delegierte,
Wahlkreis 23 (Düsseldorf 6—12) 17 Delegierte,
Wahlkreis 24 (Oberbayern und Schwaben) 21 Delegierte,
Wahlkreis 25 (Niederbayern und Oberpfalz) 14 Delegierte,
Wahlkreis 26 (Ober-, Mittel- und Unterfranken) 16 Delegierte,
Wahlkreis 27 (Pfalz) 6 Delegierte,
Wahlkreis 28 (die sächsischen Reichstagswahlkreise 1 bis 9) 1 Delegierter,
Wahlkreis 31/32 (Württemberg) 15 Delegierte,
Wahlkreis 33 (Baden) 19 Delegierte,
Wahlkreis 34 (Hessen) 6 Delegierte,
Wahlkreis 36 (Thür. Staaten, Reg.-Bez. Erfurt und Kreis Schmalkalden) 3 Delegierte,
Wahlkreis 37 (Hamburg, Bremen, Reg.-Bez. Stade) 4 Delegierte.

Diese Delegierten — und nur sie — können auf dem Parteitage Stimmrecht haben. Die Wahlkreisausschüsse hätten also darauf zu achten, daß sie auch ihre Abgeordneten mit einem Mandat für den Parteitag versehen, falls diese mit beschließender und nicht lediglich mit beratender Stimme daran teilnehmen sollen. Mit beratender Stimme könnten am Parteitage teilnehmen, außer den nicht eigens delegierten Parlamentariern, die Vertreter der Zentrumspresse und je ein Vertreter der Wahlkreise 7 (Provinz Pommern), 13 (Reg.-Bez. Merseburg), 14 (Schleswig-Holstein und zu Oldenburg gehörende Provinz Lübeck), 29 (sächsische Reichstagswahlkreise 10—14) und 30 (sächsische Reichstagswahlkreise 15—23), die bei den letzten Wahlen weniger als 10.000 Zentrumsstimmen aufbrachten.

Freilich bedarf der Reichsparteitag einer gründlichen Vorbereitung, und wenn, wie aus der parteiamtlichen Mitteilung CPK. leider hervorgeht, bisher noch gar nichts in dieser Richtung geschehen ist, so werden noch mancherlei Schwierigkeiten bis Oktober zu bewältigen sein. Aber sie müssen und können überwunden werden. Sind die „maßgebenden Instanzen" unserer Partei durch die parlamentarischen Geschäfte tatsächlich so stark behindert, daß sie sich mit der Parteitagsfrage nicht befassen können, dann muß eben ein besonderer Ausschuß gebildet werden, der, gemeinsam mit dem Generalsekretariat in Berlin, die mannigfachen vorbereitenden Arbeiten erledigt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Am guten Willen darf es allerdings nicht fehlen.

Hoffen wir trotz alledem, daß die Zentrumswählerschaft noch im Laufe des Herbstes endlich den schon seit vielen Monaten in Aussicht gestellten Parteitag erhält. Wir kommen unter allen Parteien zuletzt und wahrlich spät genug!

Staatsbankerott?

Wird der Staatsbankerott kommen, oder wird er nicht kommen? Diese Frage liegt heute auf ungezählten Lippen. Und man kann antworten: wenn es so weiter geht mit der Arbeitsunlust und den Streiks, wenn wir keine Waren für die Ausfuhr schaffen, ja dann muß und muß er kommen. Betrachten wir unsere gesamte finanzpolitische Lage, so bietet sich uns ein überaus trostloses Bild. Es hat keinen Zweck, Vogel-Strauß-Politik zu treiben, offen und ehrlich müssen wir die Situation betrachten.

Im Ausland erzielen wir keinen Vorteil, wenn wir die ungünstigen Finanzen durch schöne Redensarten zu überdecken suchen, und es ist eher die Möglichkeit vorhanden, daß wir das geringe Vertrauen, das wir noch besitzen, einbüßen. Im eigenen Lande könnte der Schaden, der uns durch eine falsche Darstellung unserer Finanzlage erwachsen würde, unersetzlich sein. Ist aber überhaupt viel zu beschönigen, wenn man sich den Stand unserer Währung vor Augen führt? Vier Fünftel ihres Wertes hat die Mark bereits eingebüßt, ein Fünftel ist übrig geblieben. Was das heißt, ist so erschütternd und katastrophal, daß man fast an unserer Zukunft verzweifeln möchte.

Erst voll wird das Maß, wenn man sich die enorme Schuldenlast vor Augen hält, die uns bedrückt, bezw. unserer noch wartet. Ja, unter diesen Umständen ist es heilige Pflicht, auf die unermeßliche große Gefahr aufmerksam zu machen, die uns droht, damit jeder Einzelne seine ganzen Kräfte dafür einsetzt, daß wir uns allmählich wieder vom Abgrund entfernen. Wenn sich alle einmal die Mühe unterziehen wollten, eingehend über diese Frage nachzudenken und wenn sie ein rechtes Bild von unserer Finanzlage erhielten, wäre schon ein gutes Stück Arbeit zur Besserung geleistet.

Ganz Gewaltiges muß geleistet werden, wollen wir wieder in gesunde Verhältnisse zurückkommen; denn die Bilanz, die unser Reichsfinanzminister gezogen hat, ist über alle Maßen ungünstig. Der enorme Notenumlauf(?), der sich noch täglich vermehrt, die erheblichen Kriegslasten, die Defizite der Reichseisenbahnen(?), sie drängen(?) uns nur dem Zusammenbruch entgegen, wenn wir nicht eine Wendung herbeiführen können.

Nachdem im Vorstehenden kurz ausgeführt worden ist, wie wir stehen, soll die Frage erörtert werden, was ein Staatsbankerott bedeuten würde. Für das Reich alles, für den Einzelnen fast alles. Nicht nur der Kapitalist, nein jeder ausnahmslos würde davon betroffen, weil ein Faden in den anderen übergreift. Wir würden in eine Tiefe sinken, aus der für die jetzige Generation kein Aufstieg mehr langte. Der Arbeiter, der Kaufmann sowohl wie der Beamte, sie würden ihrer Existenzmöglichkeit beraubt, denn mit dem Erlöschen des Staatskredits würde vorläufig jede geregelte Tätigkeit ihr Ende erreichen. Die bisherige Geschichte bietet kein Beispiel dafür, wie sich unsere ganze Zukunft im Falle eines Staatsbankerotts gestaltete. Ebenso wäre der Grad der Armut nicht zu ermessen, der für Generationen unser Vaterland belastete. Die Banknoten würden entwertet, die Kriegsanleihe würde keine Zinsen mehr erbringen und es entstände ein Chaos sondergleichen.

Aber nicht auf nur finanziellem Gebiete würden sich die Folgen zeigen, nein, auch die Politik würde wesentlich beeinflußt werden. Neue Unruhen würden entstehen und würden uns im Ausland den letzten Rest des Vertrauens rauben, das wir auch in geringem Maße besitzen. Es würde zu weit führen, in alle Details hinein zu leuchten, jeder möge sich das Elend ausmalen, das vorstehend nur angedeutet ist.

Wenn aber ein Staatsbankerott so unendlich viel bedeutet, wenn er über unser Wirtschaftsleben ein vernichtendes Urteil spricht, und die finanziellen Verhältnisse des Einzelnen so einschneidend wie nur denkbar trifft, ist es da nicht das höchste Gebot der Stunde, wenn wir alle, vom ersten bis zum letzten, alle Kraft einsetzen, um den Zusammenbruch zu verhindern? Noch ist es nicht zu spät, noch winkt die Hoffnung, daß es besser werden kann und besser werden wird, wenn wir uns besinnen und wieder arbeiten. In diesem einen Wort liegt alles! Nur Arbeit, intensive, ausdauernde Arbeit vermag uns zu retten! Unser Land birgt Schätze genug, sie wollen nur gehoben sein. Noch nie hatten wir, und als Ganzes der Staat, die Arbeit so notwendig, wie jetzt. Die Arbeit der Arme und die des Geistes sind heute unsere einzigen Waffen, mit denen wir den Dämon Staatsbankerott wirksam bekämpfen können. Möchten diese Waffen restlos angewandt werden!

Halten wir uns stets vor Augen, daß wir bereits vier Fünftel des Weges zurückgelegt haben, der uns zum Abgrund führt. Falsche Politik und Unruhen, Streiks und Arbeitsunlust, Wucher und Schieber, waren bisher auf diesem Wege unsere Begleiter; sagen wir uns energisch von ihnen los und kehren wir zur Ruhe und Ordnung, Arbeitsamkeit und Fleiß, Ehrlichkeit und Moral zurück. Doch zu überlegen ist nicht lange. Die Not der Stunde verlangt Eile, Zeit ist jetzt alles. Darum bleiben wir uns selbst treu, werden wir nicht zu einer Generation, die ihr Unglück deutlich vor Augen sah und dennoch blind blieb.

Tarifverträge.

Von Rechtsanwalt Dr. A. Knorr, Trier.

Es ist heutzutage so viel von Tarifverträgen die Rede. Und doch wissen weite Kreise nicht recht, was es damit auf sich hat. Vielleicht ist daher eine kurze Darlegung der hauptsächlichsten Gesichtspunkte am Platz.

Das Wunderkind.

9) (Nachdruck verboten.)

Veronika ringt mit sich, um die Worte über ihre Lippen zu bringen, die sie sagen möchte, die sie sagen muß, das sie bezwingt. Endlich beginnt sie wieder:

„Sie meinten, ich wäre imstande, alles hintanzusetzen, wenn ich — wenn ich mein Herz verschenke. Sie sagten, ich würde alles freudig darbringen, was der Mann meiner Wahl verlangt. Erinnern Sie sich dieses Gespräches?"

Er neigt das Haupt, er kann in diesem Augenblick nicht sprechen, etwas würgt ihn an der Kehle. —

„Denken Sie nicht schlecht von mir", bittet sie mit Tränen in der Stimme, „ich kann es nicht ertragen. Ich bin gezwungen zu Heimlichkeiten, die schwere Krankheit meiner armen Mutter, des Vaters Sorge — ich kann nicht so handeln, wie ich möchte, wie ich soll. O! es ist trostlos!"

Sie ist stehen geblieben und bedeckt das Gesicht mit den Händen, die Tränen fließen durch die schlanken Finger, er steht vor ihr und ein heißes Mitleid kommt über ihn, er versteht alles, sie braucht es ihm nicht mehr zu sagen.

„Warum ich Ihnen das sage, ich weiß es nicht", fährt sie fort, „vielleicht, weil ich so einsam bin, weil ich Kämpfe vorhersehe und einen Freund haben möchte, der mir zur Seite bleibt, der ein gutes Wort hat. Ellen spricht! Nicht wahr, Sie sind doch dieser Freund?"

Er ist auf sie zugetreten und hat ihre Hände ergriffen, die flehende Stimme, die unschuldigen Augen reden ihre Sprache. Das Herz des Mannes zuckt schmerzhaft, er möchte sie an sich reißen und ihr sagen: „Hier, an dieser Brust ist Deine Heimat, hier würdest Du glücklich werden, nicht indem Du dem Zeitlichen folgst, dessen Glanz Dich betört. Sacht und sanft legt er den Arm um sie und bettet ihr Köpfchen an seine Schulter und wie ein Vater spricht er zu ihr, er sagt ihr, daß sie auf ihn zählen darf, daß er ihr Freund bleiben wird in jeder Lebenslage, er spricht auch von Felix und sagt ihr, daß er das Geheimnis ihrer Liebe aus den Briefen an ihn durchschaut. —

„Wie gut Sie sind", sagt sie schon halb getröstet, „ich glaube, es gibt keinen besseren Menschen als Sie, ich verehre Sie wie meinen Vater."

Wie bitter das klingt. Er läßt sie los und tritt zurück.

„Ich könnte es ja fast sein", meinte er kurz.

Sie gehen wieder durch den Wald, Veronika ist voller Hoffnung und plaudert lebhaft mit Hochstetten, sie erzählt ihm von den schönen Tagen auf dem Rhein, vom Spiel des Geliebten, sie jauchzt in seinem Ruhm(?) und ist ganz das liebende, glückliche Weib. Keine Ahnung kreuzt ihr Hirn, daß jedes ihrer Worte ihrem Begleiter weh tut.

Bei der Försterei trennten sie sich mit einem kräftigen Händedruck, wie zwei gute Kameraden ihn wechseln. Wunderbar leicht ist es ihr ums Herz, sie hat einen Vertrauten gefunden und der Blick in die Zukunft ist weniger dunkel.

Hochstetten reitet durch den winterlichen Wald, die Zügel liegen auf dem Halse seines Pferdes, er hat den Kopf gesenkt und achtet seiner Straße nicht, große Flocken wirbeln zur Erde, aber er sieht es nicht.

* * *

Der Brief, den Veronika von der Post erholt und den sie erst spät am Abend lesen konnte, klang voll Jubel und Glück. Felix schrieb ihr aus Mailand, wo er jetzt Konzerte gab, die außerordentlich großes Einnahmen verzeichneten(?) sich auf viele Tausende.

„Ich bin schon sehr reich", hieß es, „und werde es bis zum Frühjahr noch mehr sein, Dein Vater braucht nicht zu fürchten, daß Du eine schlechte Partie machst, sein Kind soll wie eine Fürstin leben, jeden Deiner Wünsche werde ich erfüllen können, Geliebte. — Als ich am Bodensee war, sah ich eine entzückende Villa in der Nähe von Rorschach, jetzt stehe ich in Unterhandlung mit dem Erbauer. Ich möchte sie kaufen, um Dich dort als mein Weib heimzuführen."

Der zuversichtliche Ton dieser Worte verletzte Veronika, denn sie sagte sich, daß es nicht leicht sein würde, die Einwilligung der Eltern zu erlangen. So lange ihre Mutter kränkelte, konnte sie es nicht übers Herz bringen, sie zu verlassen, das hatte sie Felix geschrieben, aber er ging nicht auf ihre Wünsche ein, er beschuldigte sie, ihn nicht zu lieben, wie er es von seiner Braut erwarten könne. Seine heiße Sehnsucht leuchtet aus dem gereizten Ton hervor, mit dem er ihre Bedenken niederzuschlagen suchte. Und wieder mußte sie ihn mit Hochstetten vergleichen, beider Charaktere sich gegenüberstellen und sich eingestehen, daß die Wage zugunsten des Grafen sich neigte. — Wie gut war er heute wieder gewesen, als er nach Erlental gekommen und lange bei der Mutter gesessen. Er hatte ihr seltene Blumen aus dem Treibhause gebracht und freundlich mit ihr geplaudert. In seiner schlichten Art hatte er ihr Mut zugesprochen und sie auf Gottes Hilfe verwiesen. — Wenn Veronika an das Zusammentreffen im Walde dachte, so kam es wie Ruhe über ihr kämpfendes Gemüt. Ihr war geborgen und friedlich zu Sinn gewesen, als er sie so zart und fest im Arm gehalten, als ihr Kopf an seiner Brust geruht. Sie hatte sein Herz pochen gehört, laut und deutlich; und dabei überlief sie ein seltsames Erschrecken, ihr wurde ganz warm dabei. — Sie verstand sich selbst nicht, nur das Eine fühlte sie klar, sie hatte an dem Grafen einen Freund fürs Leben gewonnen, einen festen Halt und sichere Stütze. Warum diese Gedanken? — Ihr Gatte sollte doch alles werden, es mußte so sein, sonst würde sie tief unglücklich werden. — Sie philosophierte mit sich, sie sagte sich: „Felix ist noch so jung, trotz der drei Jahre, die er älter ist, kommt er mir in den meisten Dingen ungemacht(?) vor, er weiß oft nicht, was er will, ich werde ihm zur Seite stehen und über ihn wachen. Sein leidenschaftliches(?) Wesen beraubt ihn des Urteils. Und Graf Wilhelm? O! Der ist ein ganzer Mann! Er ist auch schon alt, er meinte, er könnte mein Vater sein, so groß ist der Unterschied zwischen ihm und mir."

Mitten in diesen Gedanken war es ihr, als hörte sie den Klang von Felix Geige, sie sah ihn mit den Augen des Geistes. Vielleicht gab er eben jetzt ein Konzert und die vielen Zuhörer lauschten gespannt — atemlos! Sie hörte die weiche Stimme der Stradivarius, der große Rubin funkelte an der Spitze des Bogens, den die feine, frauenhaft weiße Hand so sicher führte. Er hatte das gelockte, tiefdunkle Haupt geneigt und schmiegte die Wange an das Holz der Violine — er sprach mit ihr und erzählte ihr von Veronika, von seiner Liebe und Sehnsucht nach der Heißgeliebten. Und jetzt hob er die sterngleichen Augen, die sie so grenzenlos liebte, unter allen Anwesenden suchte sein Blick nur sie, er schweifte über ihre Häupter hinweg und ein seliges Lächeln verklärte sein Gesicht. Ja, er mußte in diesem Augenblick an sie denken, wie ein magnetischer Strom ging es von ihm zu ihr und dabei lachte und weinte es in den Saiten unter seiner Künstlerhand.

„Mein Herr und mein Meister", sagte sie leise. Ja, er hielt sie in einem goldenen Zaubernetz gefangen, sie war ihm verfallen, rettungslos verfallen, ihr Leben, jeder ihrer Pulsschläge waren ihm zu eigen geworden.

Weihnachten nahte, das schönste Fest des Jahres, aber in Erlental war es traurig, das Befinden der Kranken hatte jede Hoffnung ausgeschlossen. Der Gatte und die Tochter wußten es, daß die Tage der Baronin gezählt waren, mit zartester Sorgfalt umgaben sie sie und widmeten sich ihrer Pflege mit liebevoller Aufopferung.

(Fortsetzung folgt.)

Was ist ein Tarifvertrag?

Die Vergrößerung der Betriebe hat im Laufe der Zeit zur Arbeitsteilung geführt und damit die Arbeitsbedingungen für ganze Gruppen von Arbeitern gleichartig gestaltet. Da die Arbeitsbedingungen für bestimmte Arbeitsgruppen nicht nur in einem Betriebe, sondern darüber hinausgehend auch in anderen Betrieben desselben Gewerbes an einem Ort, in einem größeren Bezirk oder gar im ganzen Reiche gleichartig sein können und tatsächlich vielfach auch sind, so ist die Möglichkeit gegeben, gemeinsame Abmachungen auch mit entsprechend weiter greifender Gültigkeit zu treffen. Dies vorausgeschickt, können wir der Beantwortung unserer Frage näher treten.

Ein Tarifvertrag ist eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und zwar eine Vereinbarung über den Inhalt der im Geltungsbereich des Tarifvertrages (sei es ein einzelner Ort, ein Bezirk, sei es das Reich) abzuschließenden oder bereits abgeschlossenen Arbeitsverträge. Der Tarifvertrag ist also kein Arbeitsvertrag: er regelt nicht ein bestimmtes, individuelles Arbeitsverhältnis zwischen einem einzelnen Arbeitgeber und einem einzelnen Arbeitnehmer, hier wird nicht der Arbeiter A. im Betriebe von B. unter den und den Bedingungen angestellt, sondern der Tarifvertrag trifft Vorsorge, er schafft Normen (Regeln) für ganze Gruppen von Arbeitsverhältnissen, weshalb man ihn auch als Kollektivvertrag, Arbeitsnormenvertrag bezeichnet. Der Tarifvertrag ist ein „Massenvertrag“: er bestimmt, was für die in seinen Bereich fallenden Arbeitsverträge, wenn sie abgeschlossen werden, Rechtens sein soll, was sie enthalten oder nicht enthalten sollen, insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Ueberstunden, Urlaub, Lehrlingswesen, Arbeitslohn, Akkordarbeit, Lohnzahlung, Schmutzzulagen(?), Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Behandlung von Streitigkeiten und was dergleichen mehr ist, wobei der leitende Gesichtspunkt ist: die Parteien verpflichten sich, sich für die Dauer des Vertrages nicht zu bekämpfen. Selbstverständlich braucht nicht jeder Tarifvertrag auf alle diese Dinge einzugehen; er kann sich auch darauf beschränken, nur einzelne Punkte zu regeln. Ein solcher, zumeist unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse entstandener Vertrag — ein Mischgebilde aus privatrechtlichen und öffentlichrechtlichen Bestimmungen — nähert sich in seiner allgemeinen Gültigkeit den gesetzlichen Vorschriften, er bildet eine Mittelstufe zwischen den Bedingungen des einzelnen Arbeitsvertrages und den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Handelsgesetzbuches oder der Gewerbeordnung. Der Name Tarifvertrag ist nicht gerade glücklich gewählt; der Name ist genommen von der tarifmäßigen Abstufung der Löhne, die aber doch nur einen Teil seines Inhaltes bildet. Immerhin, der Name ist nun da und ist heute gesetzlich sanktioniert.

Tarifverträge gibt es schon seit langen Jahren, ohne daß die Materie gesetzlich geregelt worden wäre. Es hat sich auch der verflossene Reichstag wiederholt mit diesen wichtigen Gesetzgebungsproblemen beschäftigt, von den politischen Parteien hat das Zentrum bereits 1913(?) einen Antrag auf gesetzliche Regelung der Tarifverträge gestellt, aber erst die revolutionäre Gegenwart hat die gesetzliche Ordnung gebracht, nämlich in der „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, vom 23. Dezember 1918“. Diese Verordnung, die Gesetzeskraft hat und mit ihrer Verkündung in Kraft getreten ist, enthält in ihrem 1. Abschnitt die Bestimmungen über „Tarifverträge“. Die 6 Paragraphen dieses Abschnittes lauten (soweit sie hier in Betracht kommen), wie folgt:

§ 1. Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern durch schriftlichen Vertrag geregelt (Tarifvertrag), so sind Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. Abweichende Vereinbarungen sind jedoch wirksam, soweit sie im Tarifvertrage grundsätzlich zugelassen sind, oder soweit sie eine Aenderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. An die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages.

Beteiligte Personen im Sinne des Abs. 1 sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Vertragsparteien des Tarifvertrages oder Mitglieder der vertragschließenden Vereinigungen sind oder bei Abschluß des Arbeitsvertrages gewesen sind oder die den Arbeitsvertrag unter Berufung auf den Tarifvertrag abgeschlossen haben.

§ 2. Das Reichsarbeitsamt kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, für allgemein verbindlich erklären. Sie sind dann innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereichs für Arbeitsverträge, die nach der Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen, auch dann verbindlich im Sinne des § 1, wenn der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder beide an dem Tarifvertrage nicht beteiligt sind.

§ 3. Die Erklärung des Reichsarbeitsamtes nach § 2 erfolgt nur auf Antrag. Antragsberechtigt sind jede Vertragspartei des Tarifvertrages, sowie Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, deren Mitglieder durch die Erklärung des Reichsarbeitsamts betroffen werden würden.

§ 4. Das Reichsarbeitsamt macht den Antrag durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt. Dabei ist anzugeben, bis zu welchem Zeitpunkt Einwendungen erhoben werden können.

Nach Ablauf der Frist entscheidet das Reichsarbeitsamt unter Berücksichtigung der erhobenen Einwendungen über den Antrag. Seine Entscheidung ist endgültig. Gibt es dem Antrag statt, so hat es zugleich zu bestimmen, mit welchem Zeitpunkt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages beginnt.

§ 5. Die allgemein verbindlichen Tarifverträge sind unter Bezeichnung ihres räumlichen Geltungsbereichs sowie des Beginns der allgemeinen Verbindlichkeit in das Tarifregister einzutragen.

Die Eintragungen in das Tarifregister sind durch den Deutschen Reichsanzeiger bekanntzumachen.

§ 6. Ist ein Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt, so gelten die Vorschriften der §§ 2 bis 5 entsprechend auch bei Abänderung dieses Vertrages.

Als Parteien des Tarifvertrages kommen hiernach in Frage: auf der Arbeitgeberseite einer oder mehrere einzelne Arbeitgeber oder Arbeitgeberverbände, auf der Arbeitnehmerseite stets eine Mehrheit von Arbeitern, sei es einzeln oder in Verbänden geeinigt.

Zwei Grundsätze sind von besonderer Wichtigkeit: Einmal der im § 1 niedergelegte Grundsatz, daß Arbeitsverträge regelmäßig nicht von der tariflichen Regelung abweichen dürfen (s. g. Grundsatz der Unabdingbarkeit): der Arbeitnehmer soll dabei keinesfalls schlechter gestellt sein als nach dem Tarif. Sodann der in § 2 zum Ausdruck gebrachte höchst bedeutsame Grundsatz der — wenigstens fakultativen — Allgemeingeltung: auch diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den Tarifvertrag selbst nicht abgeschlossen haben und ihm auch nicht etwa später beigetreten sind, sind unter gewissen Voraussetzungen seinen Bestimmungen unterworfen. Damit geht die Verordnung entscheidend über das bisher maßgebende Recht hinaus; sie bedeutet eine wesentliche Einschränkung des Grundsatzes der Vertragsfreiheit. Der Tarifvertrag wird für Arbeitsverhältnisse, die nach der Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen, durch die auf Antrag (§ 3) erfolgende Erklärung des Reichsarbeitsamtes auch dann wirksam, wenn die an den einzelnen Arbeitsverträgen beteiligten Parteien an dem Tarifvertrage (im Sinne des § 1 Abs. 2) „nicht beteiligt“ sind. Aus dem zunächst nur für die „Beteiligten“ abgeschlossenen Tarifvertrage wird so ein auch für gewisse „Nichtbeteiligte“ verbindliches Arbeitsgesetz. Die außerordentliche Tragweite dieser Bestimmung(?) liegt auf der Hand.

Tarifverträge spielen im gewerblichen Leben eine große Rolle, nicht nur in handwerksmäßigen Betrieben, nicht nur in der Industrie (in den letzten Jahren der Entwicklung auch zeitweise(?) in der Großindustrie), sondern neuerdings auch in der Landwirtschaft; und es sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten vom Wesen der Tarifverträge berührt. Es wird der Tarifvertrag in weiten Schichten unseres gewerblichen Lebens immer mehr eine Form für das Arbeitsverhältnis überhaupt. Der erste Tarifvertrag stammt aus dem Jahre 1848; er wurde zwischen der Organisation der Buchdrucker und deren Arbeitgeber abgeschlossen. Vor dem Kriege gab es in Deutschland über 12000 Tarifverträge, deren Wirksamkeit sich auf rund 200000 Betriebe und fast zwei Millionen Personen erstreckte. Die zahlenmäßige Entwicklung der Tarifverträge hängt eng zusammen mit der Entwicklung der Gewerkschaften.

Der wirtschaftliche und soziale Nutzen eines Tarifvertrages besteht vor allem darin, daß sowohl für den Arbeitnehmer wie für den Arbeitgeber auf längere Zeit hin sichere Grundlagen für ein geordnetes und ruhiges Arbeitsverhältnis geschaffen werden; es werden nicht nur die Arbeitsbedingungen ganzer Gewerbe einheitlich geregelt, sondern es wird auch eine starke Gefahr für die stete Unterbrechung, die Schwankungen(?), erheblich zurückgedrängt. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich neuen Zahl auch Schwierigkeiten [illegible] — helfen, um so stärker, je schwerer die Interessenkämpfe sind, die zum Abschluße des Tarifvertrages führen.

Zum Tode Friedrich Naumanns.

Der plötzliche Tod des Abg. Friedrich Naumann erweckt auch außerhalb seines Parteikreises lebhaftes Bedauern. Denn der Verstorbene war ein geistvoller Mann, überaus fruchtbar an hohen Ideen, ein Redner allerersten Ranges, als Schriftsteller schwungvoll und gedankenreich.

Nur einen rechte(?) fehlte der praktische Sinn für die Realpolitik, und doch wurde er gerade durch inneren Drang und durch die Verhältnisse der Zeit in die politische Wirtschaft getrieben. Kurz vor seinem Lebensende war er zum Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei gewählt worden, in einem schwierigen Augenblick(?), wobei die [illegible] Stimmen und [illegible] gaben [illegible] Idealisten, während die [illegible] erscheint(?). Es wirkt tragisch, daß Naumann von dem Amte, das ihm als Krönung seines politischen Lebens erscheinen mußte, keinen Gebrauch mehr machen konnte. Aber alle [illegible] [illegible] Regierung(?) [illegible] [illegible] der [illegible] Fraktion in deutschen [illegible] Idealisten der [illegible] Bild für den [illegible] [illegible] die robuste Hand.

Der [illegible] im Werden und Wirken Naumanns [illegible] der soziale Gedanke. Wie [illegible] heute das [illegible] Regiment geführt hat, wollte [illegible] Zusammenarbeiten von Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien zur Einheit(?) ermöglichen. So hätte eigentlich Naumann, als Vertreter der national-sozialen Idee [illegible] auf der Ministerbank [illegible]. Er hätte auch sonst seinen [illegible] [illegible] Zukunft(?) [illegible] in diesem Augenblick [illegible].

Naumann begann seine öffentliche Laufbahn als Christlich-Sozialer in der Stöcker-Partei(?) und der evangelischen „Sozialen Aktion“(?). Im Anschluß an die konservative Partei [illegible] er nicht weiter [illegible]. Er ließ daher das [illegible] „Hilfe“(?) schaffen und [illegible] eine national-soziale Partei. Die Begründung der [illegible] Partei [illegible]. Naumann und seine Anhänger mußten den Anschluß an bestehende Parteien suchen. Dabei ging ein Teil seiner Anhängerschaft zu den Sozialdemokraten über, was ja von der Tätigkeit(?) [illegible] verständlich war.

Naumann hätte für seine sozialen Bestrebungen im Zentrum Anklang und Hilfe finden können, da es die einzige bürgerliche Partei der sozialen Idee(?) war. Aber an dem Anschluß an das Zentrum verhinderten ihn seine protestantische Erziehung und vielleicht auch die Stimmung seines religiösen Glaubens. So schloß er sich der „Freisinnigen Vereinigung“ an und wirkte auch bei der Wiedervereinigung dieser Gruppe mit der [illegible] Fortschrittspartei mit. Die Hoffnung, daß er die Freisinnige Volkspartei auf die Bahn der Sozialreform hinüberziehen könne, blieb unerfüllt, da diese Partei nach ihrer Ueberlieferung und nach der Bildung(?) ihrer Wähler im kapitalistischen System wurzelte.

Ueberhaupt war der Einfluß Naumanns in den Parlamenten selbst geringer als außerhalb derselben in Kongressen und Versammlungen. Wenn er im Reichstage eine prächtige Rede hielt, so erntete er reichen Beifall und aufrichtige Bewunderung für seinen Geist und seine Kunst. Aber dann gingen die Geschäfte ihren Gang(?) fort. Wer im Parlament eine maßgebende Rolle spielen will, muß in den Ausschüssen sich die Grundlage seiner Macht schaffen. Für Naumann aber lag die mühselige Kleinarbeit in den Ausschüssen nicht.

Naumann entsprach mit seinen hohen Geistesgaben dem deutschen Typus, wie wir ihn uns vorstellen bei der Bezeichnung von dem „Volk der Dichter und Denker“. Er war in der Tat ein Dichter von Geschmack und hohem Gedankenflug. Aber wenn man neuerdings behauptet, daß im Lande der Dichter und Denker die tüchtigsten Staatsmänner, die Meister der praktischen Politik nur dünn gesät sind, so bildet Naumann keine Ausnahme von einer solchen Regel.

Schade, daß dieser hochbegabte Geist sich auf der politischen Walstatt zu schnell erschöpft hat. Er hätte als dichterisch begabter Schriftsteller und wuchtiger Redner noch Großes leisten können.

Ein Sozialdemokrat über die Revolution.

Die sozialdemokratische Königsberger Volkszeitung veröffentlicht ein Schreiben des kommunistischen Oberpräsidenten Ostpreußens, Winnig, an einen Parteigenossen, in dem Winnig gesteht, daß er von der Revolution enttäuscht sei, und dann unter anderm ausführt:

„Vielleicht ist meine Enttäuschung nicht so groß wie Ihre, denn ich habe der Revolution nicht die überschwengliche Hoffnung entgegengebracht wie anscheinend Sie. Ich habe die Revolution nicht gewollt und unsere ganze Partei hat sie nicht gewollt. Wir haben im Gegenteil viele Jahre gegen die Revolution in Wort und Schrift gekämpft, nicht weil wir mit den alten Zuständen zufrieden gewesen wären (es ist zu wichtig(?), das zu sagen), sondern weil wir wußten, daß die Revolution unseren militärischen und politischen Zusammenbruch bedeuten würde. Das ist die Wahrheit, und darum sollten wir heute nicht so tun, als wenn wir die Revolution gewollt hätten. Die Abrechnung mit dem alten Regime, die ganze [illegible] Aenderung wäre nach beendetem Friedensschluß doch gekommen. Wir hätten sie vornehmen können, ohne unser Land auszuliefern. Wir hätten dann noch den Vorteil gehabt, uns auf gehorchende und disziplinierte Massen stützen zu können und hätten nicht zu besorgen brauchen, daß die Revolution zu einer Gelegenheit für Wegelagerer und Verbrecher wurde . . . Ich will Ihnen nur meine Meinung schreiben, warum die Revolution unsere Hoffnungen enttäuschen mußte: Weil die Revolution zu einer Zeit erfolgte, wo große Massen des Volkes den moralischen Halt verloren hatten, ist die Gefahr, für Zeit aus dem Wege zu verlieren und die ganze Staats- und Wirtschaftsordnung zu zertrümmern. Sie wissen selbst, wie nahe diese Gefahr zeitweilig gewesen ist, und daß sie auch heute noch nicht als überwunden gelten kann. Aber je größer diese Gefahr wurde, um so größer wurde für uns, die wir dieser Gefahr wehren wollten, der Zwang, mit allen denjenigen gemeinsam zu handeln, die der Erweiterung(?) der Revolution widerstreben(?). Die Regierung rief auf zur Verteidigung, aber wer folgte ihrem Ruf? Zu einem erheblichen Teile waren es Angehörige der besitzenden Klassen und, soweit sie politisch dachten, der nichtsozialistischen Parteien. Die Arbeiterschaft blieb fast untätig. Diese Entwicklung aber bestimmte nun ihrerseits auch die Politik der Regierung. Weil die Hilfe des Bürgertums bei der Aufrechterhaltung der staatlichen und ökonomischen Ordnung unentbehrlich war, konnte die Regierung nicht eine rein sozialdemokratische Politik treiben, sondern mußte auf die Ansprüche der übrigen Bevölkerung eine gewisse Rücksicht nehmen. Auch ich kann natürlich nicht unbeachtet lassen, daß die Mitwirkung der nichtsozialdemokratischen Kreise für die Bewahrung und den Wiederaufbau unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens unentbehrlich ist. Wen ich aber brauche, den darf ich nicht vor den Kopf stoßen.“

Daß nach diesen allerdings sehr beachtenswerten(?) Geständnis eines an hervorragender Stelle stehenden Genossen eine tobende Hetze gegen Winnig und die ihn mit einem führenden Posten betrauende Regierung losbrechen wird, ist ohne weiteres zu erwarten, dadurch wird aber nicht aus der Welt geschafft werden, daß Winnig die Wahrheit gesprochen hat.

Deutschland 57 Millionen Einwohner?

Eine Bevölkerung von nur 57 Millionen erwartet die Statistik unter Umständen von dem verbliebenen Rest des Deutschen Reiches. Es wird dies dann der Fall sein, wenn wir außer Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet noch Oberschlesien, Posen, drei Viertel von Westpreußen, den Regierungsbezirk Allenstein und Nordschleswig verlieren. Diese Gebiete zählten 1912 rund 9,5 Millionen Einwohner. Je nach dem Ergebnis der Abstimmung kann sich die Volkszahl bis auf 60 Millionen erhöhen. Wahrscheinlich zählt das bisherige Gebiet des Deutschen Reiches zu Ende des Jahres 1919 nur noch 63,7 Millionen. Nach den Verhältnissen in den Städten von mehr als 40000 Einwohnern bleibt die Sterblichkeit auch noch in der ersten Hälfte dieses Jahres über dem Zuwachs an Geburten. Fraglich ist, ob sich in der zweiten Hälfte, besonders im vierten Vierteljahr, die Zahl der Geburten erheblich steigern wird. Aber selbst dann noch haben wir mit einem Ausfall zu rechnen. Der gesamte Bevölkerungsverlust(?) wird für das Reich auf etwa 1,3(?) Millionen berechnet.

Unruhen und Streik.

m. Kirchberg, 1. Sept. Der Streik in den Basalt- und Steinbruchbetrieben(?) im Westerwald(?) [illegible] ist [illegible] beigelegt. [illegible] der Haltung der Gewerkschaftsführer ist über Sonntag ein Vergleich erzielt worden. Am Montag ist die Arbeit in sämtlichen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Der Schah von Persien.

Versailles, 1. Sept. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel wird der Schah von Persien die Stadt in einigen Tagen verlassen. Er begibt sich alsdann auf einem englischen Kreuzer nach Europa und wird als ständigen Begleiter einen englischen Offizier haben.

Saarland und Luxemburg.

Man schreibt uns:

Metz, 1. Sept. Die im Auftrage des Komitees der Saarländer sowie desjenigen der Franko-Luxemburger im Restaurant „A la Bourgogne“ abgehaltene Versammlung der Saarländer und Luxemburger von Metz und Umgegend war sehr gut besucht, sodaß zahlreiche Gäste auf einen Sitzplatz verzichten mußten.

Um 8½ Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Nachdem der Vors. eine kurze Begrüßungsrede gehalten hatte, verlas Herr Her(?), Präsident der Saarvereinigung in Metz, ein Antwortschreiben des Herrn Kommissaire de la République auf das Telegramm, das ihm gelegentlich der Präsidentenwahl an Herrn Poincaré abgesandt hat. Das an den Präsidenten der Vereinigung adressierte Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

Der Herr Präsident der Republik hat mit Freuden die Glückwunschadresse entgegengenommen, die Sie ihm im Namen der in Lothringen wohnenden Sarrois gesandt haben und die ein erneuter Beweis für die Anhänglichkeit gegenüber Frankreich ist, von der Ihre Vereinigung beseelt ist. Der Herr Präsident der Republik hat mich beauftragt, Ihnen für diese liebenswürdige Aufmerksamkeit zu danken, und es ist mir die süße(?) Ehre, mich dieses Auftrages zu entledigen.

Empfangen Sie die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung Mirman.

Hierauf ergriff Herr Professor Dorlencourt(?), Generalsekretär der „Alliance universitaire française“ und Vorstandsmitglied des „Comité de la rive gauche du Rhin“, das Wort.

Der Redner betont zunächst, daß er glücklich sei, zu den Sarrois Lothringens sprechen zu können.

Er bespricht ferner die Situation der Saarländer besonders in Hinsicht auf ihr Verhältnis zu Frankreich und kommt zu dem Resultat, daß sie nie andere als „Mußpreußen“ gewesen sind.

Das sucht er an Hand geschichtlicher Tatsachen sodann zu beweisen. Er erläutert zunächst die Geschichte Saarlouis, dieser Stadt, die nach einem französischen Herrscher benannt und reich an französischen Traditionen ist.

Der Redner erinnert sodann daran, daß die Grafen von Saarbrücken seinerzeit die freundschaftlichsten Beziehungen zu Frankreich hatten, daß sie sich sogar mehr in Frankreich aufhielten als in Saarbrücken, daß sie auf Frankreich allein all ihre Hoffnungen setzten und sie nur Vasallen dieses Landes sein wollten.

Im Jahre 1794 haben dann die Saarländer mit einem Enthusiasmus ohnegleichen die Vereinigung ihres Landes mit Frankreich beschlossen.

Unbestreitbar war das Resultat der französischen Verwaltung des Saarlandes sowohl wie des übrigen Rheinlandes geradezu brillant.

Die französische Revolution hat der Saarbevölkerung vollständige Freiheit gebracht.

Herr Professor Dorlencourt weist dann auf die Segnungen hin, die Napoleon dem Lande erwies durch Einführung des Code civil, insbesondere auch durch die Errichtung einer Schule für Bergbau, aus der mehrere berühmte Ingenieure hervorgegangen sind.

So verdankt denn das Land seine Entwicklung und sein Wohlergehen, insbesondere was die Erschließung der Gruben anbetrifft, einzig und allein Frankreich.

Selbst die Deutschen haben das eingesehen. Der Redner liest und kommentiert sodann verschiedene Stellen aus dem von dem Deutschen Hasslacher(?) verfaßten Buche „Rheinland“, aus denen hervorgeht, daß der Verfasser den Nutzen, den Frankreich dem Saarlande gebracht hat, voll anerkennt.

Sodann zitiert der Vortragende ein Werk von Georges Kähler(?), ein Saarländer, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebte. Das ganze Werk dieses Mannes ist ein Schmerzensschrei über die Lostrennung seines Landes von Frankreich (1815) und zeigt deutlich, wie sehr die ganze Bevölkerung an Frankreich hing.

Indem er mit der Besprechung der Saargeschichte fortfährt, erinnert der Redner an die Existenz einer „Société des Vétérans d'Anciennes(?) de Napoléon“ zwischen 1819 und 1870(?).

Im Jahre 1866, als der Deutsch-Oesterreichische Krieg ausbrach, teilte der Präfekt de la Moselle der französischen Regierung mit, daß die Bewohner von Saarbrücken große Hoffnung hätten, daß, als indirekte Folge des Krieges, sie wieder Frankreich einverleibt würden.

Seit 1871 sind nun die Bewohner des Saarbeckens mit zahlreichen Eingewanderten in Berührung gekommen, deren Einfluß sich geltend gemacht hat. Aber es wäre sonderbar, sagt der Redner, wenn die Liebe der Saarländer zu Frankreich ganz ausgestorben sein sollte. Das kann nicht sein und ist, wie Ruhr(?) die meisten Sarrois bewiesen haben, auch nicht der Fall. Ihr wollt wieder Franzosen werden.

Große Schwierigkeiten, die durch die anormalen Verhältnisse der Jetztzeit geschaffen sind, müssen überwunden werden. Ihr werdet Euch durch einige Widerspenstige nicht unterkriegen lassen, sondern Ihr werdet sie von Eurer Ansicht überzeugen.

Geduld! Wenn die [illegible] Zustände, die augenblicklich herrschen, beseitigt sein werden, dann wird Euren Bestrebungen [illegible] nichts mehr im Wege stehen.

Auch in Frankreich habt Ihr Mitkämpfer! Wir werden nicht eher ruhen und rasten, als bis wir unser Ziel erreicht haben.

Vive la France! Vive la Sarre française!“

Nachdem Herr Professor Dorlencourt seine Ausführungen geschlossen hatte, hielt Herr Rechtsanwalt [illegible] aus Paris, Komiteemitglied der „Alliance franco-luxembourgeoise“, eine sehr bemerkenswerte Rede, in welcher er über die Interessen der Luxemburger sprach.

Er führte unter anderem aus: „Wir stammen in einer Zeit von Widersprüchen. Gibt es überhaupt eine luxemburgische Frage? Ich antworte: Ja.

Die luxemburgische Frage ist die Frage der falschen Neutralitäten, d. h. der Neutralitäten, die sich nicht selbst verteidigen können. Luxemburg hat in diesem Kriege seine Neutralität teuer bezahlen müssen.

Soll es weiterhin isoliert bleiben oder sich an einen Nachbarstaat anschließen, und an welchen der beiden großen Nachbarstaaten: Frankreich oder Belgien? Das ist die luxemburgische Frage.“

Der Redner stellte sodann den Rechten, die Belgien auf Luxemburg geltend macht, die gemeinschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Großherzogtum vergleichend gegenüber und kam zu folgender Zusammenfassung:

„Sind wir uns denn einig? Wir sind im Comité franco-luxembourgeois über Belgien keineswegs unwillig. Wir haben nicht vergessen, daß in Belgien drei Millionen Wallonen wohnen, die unsere Brüder sind, sowohl der Rasse wie auch der Sprache und vor allem dem Herzen nach; die Helden von Liege, die den deutschen Einfall aufhielten, waren Belgier; Liege, die große wallonische Stadt, hat noch vor wenigen Tagen dem Präsidenten der Republik einen unvergeßlichen [illegible]